

Bundesrat Alain Berset will die Wahlfreiheit der Krankenversicherten reduzieren und Rabatte auf hohen Franchisen kürzen. Beides lehne ich ab: Die Bevölkerung sprach sich mit dem klaren Nein zur Einheitskasse für die Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung aus. Dies ist auch vom Gesundheitsminister zu respektieren. Setzt Berset seine Absichten um, müsste künftig rund ein Drittel der Erwachsenen mehr Krankenkassenprämien bezahlen. Diese Erhöhungen würden insbesondere gesunde, jüngere Menschen und Familien treffen.

Personen, welche sich für eine hohe Franchise entscheiden, sind nicht nur gesundheits- und kostenbewusst, sondern auch solidarisch. Sie zahlen mehr Prämien ein, als sie Leistungen beziehen, sie verhalten sich im Schnitt gesundheitsbewusster und dämpfen die Kostenentwicklung. Ausgerechnet jene zu bestrafen, die bis jetzt selber einen grossen Sparbeitrag in unserem teuren Gesundheitswesen geleistet haben, erachte ich als grundfalsch.

Gegen eine Erhöhung der Minimalfranchise hätte ich nichts einzuwenden. Dies wäre ein Anreiz für ein kostenbewusstes Verhalten und würde die Selbstverantwortung stärken. Auch finanziell fällt dies ins Gewicht: Eine Erhöhung der Minimalfranchise auf 400 Franken würde die obligatorische Krankenpflegeversicherung um gut 220 Millionen Franken entlasten; bei einer Erhöhung auf 500 Franken wären es gar 430 Millionen Franken. Eine solche Änderung wäre sinnvoller. Und ein Schritt weg von unserer Vollkasko-Mentalität im Gesundheitswesen.



JOACHIM EDER

Ständerat FDP, Kanton Zug
Mitglied der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK)

KOMMENTAR HELSANA



Guido Klaus

Leiter Ökonomie und Politik

Ein klarer Affront

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) schlug letzten Sommer vor, die beiden Wahlfranchisen von 1000 und 2000 Franken bei Erwachsenen zu streichen und den Rabatt auf den beiden höchsten Wahlfranchisen zu senken. Das BAG argumentiert, die bisherigen Rabatte auf hohen Franchisen seien zu hoch und müssten korrigiert werden.

Ein Blick in die offizielle Statistik zeigt jedoch, dass Personen mit Wahlfranchisen einen beachtlichen Solidaritätsbeitrag leisten. 2014 haben sie unter dem Strich über 900 Millionen Franken mehr einbezahlt als konsumiert. Demgegenüber weist die Personengruppe mit ordentlicher Franchise ein Minus von 1,5 Milliarden Franken aus. Über den Risikoausgleich wird die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken sichergestellt, eine Kürzung der Rabatte für hohe Franchisen ist deshalb unbegründet. Nicht nur viele junge Menschen, sondern vor allem auch die Familien werden durch die Senkung der Rabatte zum Teil massive Prämien erhöhungen in Kauf nehmen müssen.

Der Vorschlag des BAG ist ein Affront all jenen gegenüber, die seit Jahren mit der Wahl einer hohen Franchise Eigenverantwortung übernehmen und zur Kostendämpfung beitragen. Die Kürzung der Franchisen-Rabatte macht hohe Franchisen weniger attraktiv, die Eigenverantwortung wird geschmälert und schliesslich steigen die Gesundheitskosten und die Prämien für alle.

Mit Genugtuung nimmt Helsana den jüngsten Entscheid des Bundesrates zur Kenntnis, wonach dieser nun auf die Änderung vorerst verzichten wird. Damit werden unsere Kunden von unnötigen und willkürlichen Prämien erhöhungen verschont.